

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/041(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 19.04.2024	Ratssaal	15:00 Uhr	17:30 Uhr

Leitung:

Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris

Teilnehmer:

siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15. 03. 2024 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohner\*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Wahlbereiche zu Kommunalwahlen nach den Wahlen vom 09. Juni 2024  
BE: Oberbürgermeisterin DS0108/24
- 5.2 Restrukturierung der Ausschüsse/Betriebsausschüsse  
BE: Oberbürgermeisterin (1. Lesung) DS0109/24
- 5.3 Brandschutz- und Katastrophenschutzbedarfsplan der Landeshauptstadt Magdeburg  
BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung DS0018/24
- 5.4 Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal im Jahr 2023  
BE: Oberbürgermeisterin I0080/24

6	Anträge	
6.1	Zum grundsätzlichen Umgang mit fehlerhaften bzw. unvollständigen Niederschriften von Einwohner*innenversammlungen Fraktion DIE LINKE	A0009/24
6.1.1	Zum grundsätzlichen Umgang mit fehlerhaften bzw. unvollständigen Niederschriften von Einwohner*innenversammlungen BE: Oberbürgermeisterin	S0138/24
6.2	Offenlegung von Geschäftsführer:innengehältern kommunaler Gesellschaften sowie Eigenbetriebe prüfen Fraktion DIE LINKE	A0028/24
6.2.1	Offenlegung von Geschäftsführer:innengehältern kommunaler Gesellschaften sowie Eigenbetriebe prüfen BE: Oberbürgermeisterin	S0092/24
6.3	Geschäftsführerverträge Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0050/24
6.3.1	Geschäftsführerverträge BE: Oberbürgermeisterin	S0159/24
6.4	Redezeiten während der Sitzungen des Stadtrates sichtbar darstellen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0064/24
6.4.1	Redezeiten während der Sitzungen des Stadtrates sichtbar darstellen Fraktion AfD	A0064/24/1
6.4.2	Redezeiten während der Sitzungen des Stadtrates sichtbar darstellen BE: Oberbürgermeisterin	S0193/24
6.5	Werben für das Ehrenamt Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0226/23
6.5.1	Werben für das Ehrenamt BE: Oberbürgermeisterin	S0560/23
6.6	Armutsbericht der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0290/23
6.6.1	Armutsbericht der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0073/24
7	Informationen	
8	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Simone Borris

**Mitglieder des Gremiums**

René Hempel

Kornelia Keune

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Olaf Meister

Oliver Müller

Kathrin Natho

Carola Schumann

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander

**Vertreter**

Matthias Boxhorn

i.V.f. SR Schwenke

Manuel Rupsch

i.V.f. SR Schuster

**Geschäftsführung**

Andrea Behne

**Verwaltung**

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

#### Hinweis:

Der TOP 5.1. – DS0108/24 – wird von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15. 03. 2024 - öffentlicher Teil

---

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 15.03. 2024 – öffentlicher Teil wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen genehmigt.

### 4. Einwohner\*innenfragestunde

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Einwohner\*innen anwesend.

### 5. Beschlussvorlagen und Informationen

---

#### 5.1. Wahlbereiche zu Kommunalwahlen nach den Wahlen vom 09. Juni 2024 Vorlage: DS0108/24

---

#### 5.2. Restrukturierung der Ausschüsse/Betriebsausschüsse Vorlage: DS0109/24

---

Erläuternd zur Drucksache macht die Oberbürgermeisterin darauf aufmerksam, dass der Vorschlag der Verwaltung eine erste Lesung sein soll. Im Weiteren geht sie auf die Thematik der Zusammenlegung von Betriebsausschüssen ein und verweist darauf, dass diese rechtlich möglich sind. Sie legt dar, dass jedem Beigeordneten entsprechende Ausschüsse zugewiesen wurden. Insbesondere führt sie aus, dass es weniger darum gehe, finanzielle Mittel einzusparen, sondern darum, dass Ressourcen des Stadtrates und der Verwaltung geschont werden sollen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, spricht sich grundsätzlich gegen die vorgeschlagenen Zusammenlegungen aus und begründet, dass sich durch eine Zusammenlegung der Zeitraum der Ausschusssitzungen verlängert und zu mehr Aufwand führt.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, sieht es als falsch an, in der Diskussion über die Einsparung von finanziellen Mitteln zu reden. Für ihn gehe es darum, die Arbeitsfähigkeit zu thematisieren. Vorstellbar sei für ihn eine Zusammenlegung der Ausschüsse KRB und VW. Die Zusammenlegung der Ausschüsse K und BSS werde von ihm nicht befürwortet. Stadtrat Hempel warnt davor, Superausschüsse zu bilden und verweist dabei auf den Zeitbedarf der Sitzungen des Ausschusses StBV. Er spricht sich für eine Beibehaltung des Ausschusses FuG aus und vertritt die Auffassung, dass dieser perspektivisch aufgewertet werden sollte.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, befürwortet ebenfalls eine Zusammenlegung der Ausschüsse KRB und VW. Hinsichtlich der Zusammenlegung der Ausschüsse BSS und Kultur sieht sie wenig Schnittmengen und äußert ihre Befürchtung, dass damit evtl. Außentermine nicht mehr möglich sind. Dieser Zusammenlegung werde ihre Fraktion nicht zustimmen. Eine Zusammenlegung der Ausschüsse StBV und UwE sieht sie positiv.

Die Oberbürgermeisterin gibt den Hinweis, dass eine Zusammenlegung der Ausschüsse StBV und UwE eine Aufwertung für den Ausschuss UwE bedeutet, da dann dieser Ausschuss beschließend ist.

Zur Nachfrage der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, zu den Gründen, warum einige Ausschüsse wie die Ausschüsse K und BSS nur beratend sind verweist die Teamleiterin 3 im BOB darauf, dass dies dem geschuldet sei, dass diese Ausschüsse derzeit auch beratend sind. Sie verdeutlicht, dass es sich lediglich um Vorschläge handelt, um eine Effizienz für den Stadtrat und die Verwaltung zu erreichen.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, spricht sich gegen eine Zusammenlegung der Ausschüsse KRB und VW aus und verweist auf die unterschiedlichen Aufgaben des Ausschusses KRB. Ebenfalls sieht er die Zusammenlegung der Ausschüsse K und BSS und der Ausschüsse StBV und UwE als nicht sinnvoll an. Vorstellbar sei aber eine Zusammenlegung der Ausschüsse GeSo und FuG. Im Weiteren legt Stadtrat Meister dar, dass sich seine Fraktion unsicher sei, ob eine Zusammenlegung von Betriebsausschüssen rechtlich möglich sei.

Zu dieser Frage informiert die Oberbürgermeisterin, dass diese Zusammenlegung nach den Regelungen des Eigenbetriebs-Gesetzes möglich sei und hierzu eine entsprechende Prüfung erfolgt ist.

Stadtrat Kumpf erklärt, dass sich seine Fraktion nicht grundsätzlich der Thematik verschließt. Er unterstützt eine Zusammenlegung der Ausschüsse KRB und VW und der Betriebsausschüsse SAB und SFM sowie der Betriebsausschüsse Puppentheater und Theater. Im Weiteren vertritt er die Auffassung, dass auch der Ausschuss WTR im Ausschuss VW aufgehen könnte.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht sich grundsätzlich gegen die Drucksache aus und legt dar, dass es für ihn nicht vorstellbar sei, wie sich die Arbeitsweise z.B. bei der Zusammenlegung der Betriebsausschüsse Puppentheater und Theater gestaltet. Als nicht sinnvoll sieht er die Zusammenlegung der Ausschüsse BSS und Kultur an.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass in seiner Fraktion noch Diskussionsbedarf besteht. Er wirft die Frage auf, nach welchen Kriterien entschieden wird, welcher Ausschuss beratend oder beschließend ist.

Im Weiteren legt er seine persönliche Auffassung dar, dass ehrenamtliche Stadträt\*innen zunehmend zeitlich an ihre Grenzen kommen. Er verweist auf die Problematik, dass zunehmend Vertretungen organisiert werden müssen und sich die immer schwieriger gestaltet.

Für die Leiterin des Rechtsamtes Frau Kuhle ist es schwer vorstellbar, dass eine Thematik, zu der in einem beschließenden Ausschuss der entsprechende Beschluss gefasst wurde, nochmals dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Das wäre nur dann der Fall, wenn dieser Ausschuss in beratender Funktion eine Beschlussempfehlung ausgesprochen hat. Insbesondere verweist sie darauf, dass in der Hauptsatzung definiert ist, wann Ausschüsse beschließenden oder beratenden Charakter haben.

In seinen Ausführungen sieht Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, die Drucksache als sehr Verwaltungslastig an, und merkt an, dass sich aus der vorgeschlagenen Zusammenlegung von Ausschüssen ein Mehraufwand für die Arbeit der ehrenamtlichen Stadträt\*innen entsteht. Er wirft die Frage auf, ob es durch eine Zusammenlegung der Ausschüsse StBV und UwE dann die Thematik Energie nicht mehr gibt.

Beantwortend führt die Oberbürgermeisterin aus, dass die Thematik sehr wohl erhalten bleibt und im Ausschuss StBV mit aufgeht. Sie verdeutlicht nochmals, dass es sich hierbei nur um Vorschläge handelt. Wenn diese nicht gewollt seien, dann müsse mit den Konsequenzen in der nächsten Wahlperiode gelebt werden. Hinsichtlich der Anmerkung zur Verwaltungslastigkeit der Drucksache stellt die Oberbürgermeisterin klar, dass zur Konkretisierung für die Mitarbeiter\*innen der Verwaltung die Zuordnung der Ausschüsse dargestellt wurde.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, gibt zu bedenken, dass, wenn die Zusammenlegungen von Ausschüsse wie in der Drucksache vorgeschlagen erfolgt, die Beratung in den Ausschüssen nicht mehr ausreichen wird und die Thematiken dann im Stadtrat ausdiskutiert werden, was zu noch längeren Sitzungen führt. Sie spricht sich dafür aus, die Thematik in den einzelnen Fraktionen zu diskutieren und nach einer Überarbeitung der Drucksache nochmals zu beraten.

Abschließend äußert die Oberbürgermeisterin die Bitte, die Thematik in den Fraktionen zu diskutieren und Hinweise an die Verwaltung zu richten, welche Vorstellungen bestehen. Hinsichtlich der Zusammenlegung der Ausschüsse K und BSS vertritt sie die Auffassung, dass diese doch sehr umfangreich sei. Sie sagt eine entsprechende Prüfung zu und führt aus, dass die Neuvorlage der Drucksache punktweise untersetzt sein könnte und die Zuständigkeiten der Beigeordneten entfernt werden.

Die Drucksache DS0109/24 wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

### 5.3. Brandschutz- und Katastrophenschutzbedarfsplan der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0018/24

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug und der Leiter des Amtes 37 Herr Mehr teil.

In seinen umfassenden erläuternden Ausführungen zur Drucksache verweist der Beigeordnete Herr Krug insbesondere auf die sehr gute Zusammenarbeit zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr und darauf, dass es keine Nachwuchssorgen gibt. Im Weiteren macht

er darauf aufmerksam, dass es Nachbesserungsbedarf gibt bei einzelnen Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehren.

Auch müsse es eine neue Wachenstruktur bei der Berufsfeuerwehr geben, und zwar eine Wache Nordwest und eine Wache Südwest. Weiterhin geht er auf die einzelnen Beschlusspunkte der Drucksache ein und macht erläuternde Ausführungen.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, spricht seinen Dank für die vorliegende Drucksache und für die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr aus. Er äußert seinen Wunsch hinsichtlich einer Erneuerung der Fahrzeugflotte bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, legt dar, die Ausführungen des Beigeordneten Herrn Krug so verstanden zu haben, dass es einen gemeinsamen Ausschuss der Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr geben wird.

Hierzu verweist der Beigeordnete Herr Krug darauf, dass, wenn die Drucksache beschlossen wurde, natürlich gemeinsam alle Problematiken besprochen werden müssen und dies im Rahmen einer Arbeitsgruppe erfolgt. Er sagt zu, den Stadtrat über die Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe regelmäßig zu informieren.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, geht auf die Wachenstruktur ein und äußert sich zu wünschen, dass die Frage gestellt wird, ob möglicherweise eine weitere Freiwillige Feuerwehr in einem Stadtteil wie Sudenburg oder Lemsdorf etabliert werden kann.

In seiner Beantwortung führt der Leiter des Amtes 37 Herr Mehr aus, dass nach heutigem Stand des Gutachtens nicht angedacht sei, eine weitere Freiwillige Feuerwehr zu etablieren. Er verweist auf die gute Lage hinsichtlich auch der personellen Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren und merkt an, dass aktuell seitens des Gutachters nicht vorgeschlagen wird, einen weiteren Standort der Freiwilligen Feuerwehr zu errichten.

Zur Frage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, bzgl. der Situation der Rettungswachen informiert der Beigeordnete Herr Krug, dass hierzu in der nächsten Dienstberatung der Oberbürgermeisterin eine entsprechende Drucksache vorgelegt wird, die für die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07. 06. 2024 und für den Stadtrat am 13. 06. 2024 terminiert ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0018/24 in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 zu beschließen.

- 5.4. Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal im Jahr 2023  
Vorlage: I0080/24
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

## 6. Anträge

---

- 6.1. Zum grundsätzlichen Umgang mit fehlerhaften bzw. unvollständigen Niederschriften von Einwohner\*innenversammlungen  
Vorlage: A0009/24
- 

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum Hintergrund des Antrages und kritisiert eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass nach seiner Auffassung hier falsche Aussagen getroffen wurden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0009/24 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 zu beschließen.

- 6.1.1. Zum grundsätzlichen Umgang mit fehlerhaften bzw. unvollständigen Niederschriften von Einwohner\*innenversammlungen  
Vorlage: S0138/24
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 6.2. Offenlegung von Geschäftsführer:innengehältern kommunaler Gesellschaften sowie Eigenbetriebe prüfen  
Vorlage: A0028/24
- 

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und erklärt, dass seine Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis nimmt, diese aber nicht teilen kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0028/24 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 nicht zu beschließen.

- 6.2.1. Offenlegung von Geschäftsführer:innengehältern kommunaler Gesellschaften sowie Eigenbetriebe prüfen  
Vorlage: S0092/24
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Geschäftsführerverträge  
Vorlage: A0050/24

---

Zum Antrag besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt ohne Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0050/24 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 nicht zu beschließen.

6.3.1. Geschäftsführerverträge  
Vorlage: S0159/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4. Redezeiten während der Sitzungen des Stadtrates sichtbar darstellen  
Vorlage: A0064/24

6.4.1. Redezeiten während der Sitzungen des Stadtrates sichtbar darstellen  
Vorlage: A0064/24/1

---

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0064/24/1 der Fraktion AfD vor.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, erklärt in seinen Ausführungen, dem Projekt positiv gegenüber zu stehen und bezeichnet es als kostengünstig.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, bringt den Änderungsantrag erläuternd ein.

Die Teamleiterin 3 im BOB macht darauf aufmerksam, dass die Umsetzung des Änderungsantrages mit der vorgeschlagenen App nicht möglich sei. Sie informiert über ein diesbezügliches Telefonat mit dem Anbieter der App. Eingehend auf die Beratung des Antrages im KRB legt sie dar, dass der Hinweis des Stadtrates Rohne, CDU-Ratsfraktion, hinsichtlich einer möglichen Erweiterung aufgenommen wurde. Sie stellt klar, dass die Verwaltung für die Festlegung der Reihenfolge der Redner nicht zuständig sei und auch nicht für die Kontrolle des Redezeit-Countdowns.

Zum kritischen Hinweis der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, hinsichtlich der Bezeichnung ihrer Fraktion auf der Darstellung merkt die Teamleiterin 3 an, dass es sich hierbei zunächst um ein Beispiel handelt und der Hinweis aufgenommen wird.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, vertritt die Auffassung, dass an den App-Anbieter die Frage hinsichtlich einer entsprechenden Erweiterung herangetragen werden sollte. Seine Fraktion könne damit leben, wenn die Anzeige der Reihenfolge auch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, hält eine Erweiterung des Projektes nicht für erforderlich, weil dies zu unübersichtlich würde. Er legt dar, dass er keine digitale Sitzungsleitung möchte. Die Anzeigen seien auch nicht wichtig für die Sitzungsleitung, sondern für die Fraktionen. Er legt seine Auffassung dar, dass die Anzeigen zu einer Disziplinierung beitragen werden.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, geht auf den Änderungsantrag A0064/24/1 ein und macht darauf aufmerksam, dass dessen Umsetzung technisch in das vorhandene Abstimmungssystem eingreift und spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag A0064/24 aus.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, informiert über eine redaktionelle Änderung des Änderungsantrages A0064/24/1 dahingehend, dass die Oberbürgermeisterin gebeten wird zu prüfen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den redaktionell geänderten Änderungsantrag A0064/24/1 der Fraktion AfD in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0064/24 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 zu beschließen.

6.4.2. Redezeiten während der Sitzungen des Stadtrates sichtbar darstellen  
Vorlage: S0193/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.5. Werben für das Ehrenamt  
Vorlage: A0226/23

---

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und bezeichnet diese als positiv. Sie bringt den Antrag erläuternd ein und wirbt um Zustimmung.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, signalisiert seine Enthaltung zum Antrag und begründet, eine Nachwuchswerbung für Fraktionen nicht mittragen zu können.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, sieht den Antrag als nicht zielführend an und vertritt die Auffassung, dass analysiert werden sollte, welche Zielgruppen erreicht werden sollen. Er wirft mit Hinweis auf entsprechende Werbekampagnen des Landes die Frage auf, ob die Stadt Magdeburg zu dieser Thematik der richtige Akteur sei. Stadtrat Hempel äußert seine Auffassung, dass die Wertschätzung des Ehrenamtes in der Stadt Magdeburg bereits sehr hoch sei. Zudem sei es eine finanzielle Herausforderung, eine solche Werbekampagne durchzuführen. Er spricht sich dafür aus, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0226/23 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 zu beschließen.

6.5.1. Werben für das Ehrenamt  
Vorlage: S0560/23

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.6. Armutsbericht der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: A0290/23

---

Zum Antrag besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0290/23 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 02. 05. 2024 nicht zu beschließen.

6.6.1. Armutsbericht der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: S0073/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Informationen

---

Der TOP entfällt.

8. Verschiedenes

---

8.1. Hyparschale

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf den Beschluss des Stadtrates, an den Architekten Mütter mit der Benennung eines Raumes in der Hyparschale zu erinnern. Er kritisiert, dass in der Stellungnahme nur noch von der Benennung eines Platzes die Rede sei und äußert die Bitte, dies noch einmal zu prüfen.

Die Oberbürgermeisterin bestätigt, dass die Beschlussumsetzung noch offen sei, diese aber nicht zeitnah erfolgen kann. Sie sagt zu, eine entsprechende Prüfung zu veranlassen.

8.2. Jobcenterbeirat

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erinnert an einen Beschluss des Stadtrates, dass Einladungen und Protokolle des Beirates allen Fraktionsgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt werden. Dieser Beschluss wurde jedoch nicht umgesetzt, da er scheinbar nicht bekannt sei.

Die Oberbürgermeisterin merkt an, dass dieser Beschluss bekannt sei. Sie stellt klar, dass der Beirat kein Gremium ist, für das die Stadt die Verantwortung hat. Seitens der Stadt werden nur die Mitglieder benannt. Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Dr. Gottschalk wird sich der Thematik annehmen.

Im Weiteren wirft Stadtrat Müller die Frage auf, wer seitens des Jobcenterbeirates bzw. des Sozialamtes am Integrationsbeirat teilnimmt.

Die Oberbürgermeisterin gibt den Hinweis, dass der Integrationsbeirat mit einer Satzung unterlegt ist und hier ist definiert, wer im Beirat Mitglied ist. Es gibt aber eine Arbeitsgruppe Integration und Migration, welche um das Jobcenter erweitert wurde. Zum Integrationsbeirat führt sie aus, dass dieser öffentlich tagt und jeder Interessierte teilnehmen kann. Mit dem Hinweis auf das bestehende Netzwerk Integration und Migration stellt sie klar, dass es eine ausreichende Einbeziehung des Jobcenters gibt.

### 8.3. Brunnersiedlung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert über eine vor einigen Tagen stattgefundenen Polizeikontrolle in der Brunnerstraße, in deren Rahmen Bußgeldbescheide wegen Parkverstößen (halbseitiges Parken auf dem Bordstein) verteilt wurden. Er gibt den Hinweis auf eine vor 10 Jahren erfolgte Abstimmung, nach der die Stadt das derzeit praktizierte Parken nicht explizit durch Schilder ausweist. Er äußert die Bitte, mit allen verantwortlichen Akteuren einen Lokaltermin zu vereinbaren mit der Zielstellung, eine klarere Regelung zu treffen.

Die Oberbürgermeisterin informiert über eine Anfrage der „Volksstimme“ und führt aus, dass hierzu eine ausführliche Beantwortung der Verwaltung erfolgt.

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug sagt zu, die Problematik in der wöchentlichen Besprechung mit der Polizei zu thematisieren.

### 8.4. Hyparschale

Auf Nachfrage der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, hinsichtlich des Eröffnungstermins der Hyparschale für die Öffentlichkeit informiert die Oberbürgermeisterin, dass dieser erst nach dem 20. 06. 2024 stattfinden wird. Am 20. 06. 2024 findet eine kleine Eröffnung durch den Eigenbetrieb KGM statt und am Abend des 20. 06. 2024 wird in der Hyparschale die Veranstaltung zur Verabschiedung des Stadtrates erfolgen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris  
Vorsitzende

Andrea Behne  
Schriftführerin